

EU-Gipfel:

Faymann vertritt Österreich souverän



Der politische Jahresrückblick
2008

Seite 4/5



Interview mit Infrastruktur-
ministerin Doris Bures

Seite 7



Steuerliche Absetzbarkeit
von Spenden

Seite 3

KURZ GEMELDET

**Berger leitet
wieder SPÖ-EU-Delegation**

Die ehemalige Justizministerin Maria Berger hat mit ihrer Rückkehr ins Europaparlament auch wieder die Leitung der SPÖ-Delegation übernommen. Berger ist einstimmig von den SPÖ-Abgeordneten in diese Funktion gewählt worden. Die SPÖ stellt sieben Europa-Abgeordnete. Die Juristin und Europarechtsexpertin wird nun vor allem für die Bereiche Umwelt und Gesundheit sowie Entwicklungspolitik zuständig sein. Angesichts der Europawahl im Juni 2009, der Wirtschaftskrise und der EU-Skepsis in Österreich sei „die Kommunikation der Vorteile der EU eine vordringliche Aufgabe“, betont die Oberösterreicherin Berger, die bereits von 1996 bis zu ihrer Berufung zur Ministerin 2007 im EU-Parlament und SPÖ-Delegationsleiterin war. Sie löst Karin Scheele als Abgeordnete ab, die als Landesrätin nach Niederösterreich wechselte.

**Verhandlungserfolg
für Österreich**

Die EU-Kommission hat entschieden, wegen der sektoralen Fahrverbote auf der Inntalautobahn zu klagen. Allerdings hat man darauf verzichtet, eine einstweilige Verfügung gegen die Ausweitung der Fahrverbote auszusprechen, was bedeutet, dass das Fahrverbot ab ersten Jänner ausgeweitet werden kann. Die Betroffene Bevölkerung wird somit weiter entlastet. Infrastrukturministerin Doris Bures bewertet den Verzicht auf die einstweilige Verfügung als ersten Verhandlungserfolg Österreichs. Auf die Klage werde man sich gut vorbereiten, so Bures, man werde versuchen, die Europäische Union davon überzeugen, dass es für ein Alpenland wie Österreich wichtig ist, den Verkehr auf die Schiene zu verlagern.

**SoHo fordert Änderung des
Namensrechts**

Derzeit liegen beim VfGH zwei Beschwerden von Transgenderpersonen auf. Inhalt der Beschwerden ist das Namensrecht, denn Personen, die sich zwar dem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, aber keine Geschlechtsanpassung vornehmen wollen, dürfen ihren Vornamen nicht ändern. Die SoHo fordert daher die Bundesregierung auf, eine Lösung zu erarbeiten, die es Transgenderpersonen ermöglicht, auch ohne Operation ihrer gefühlten Identität entsprechend zu leben und auch die passenden Dokumente erhalten zu können.

MINISTERRAT

Arbeiten für Österreich

Eine Reihe von Themen stand auf der Tagesordnung des ersten Arbeitsministerrates der neuen Regierung. Fixiert wurde unter anderem der Fahrplan für die Umsetzung der Steuerreform.



Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll beim Pressefoyer nach dem ersten Arbeitsministerrat der neuen Regierung.

Nach einer rund einstündigen Sitzung traten Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Josef Pröll gemeinsam vor die Öffentlichkeit, um die Beschlüsse der Regierung im traditionellen Pressefoyer bekanntzugeben. Im Gegensatz zur vorangegangenen Regierungsspitze präsentieren sich Faymann und Pröll der Öffentlichkeit nun nicht mehr im Stehen, sondern berichten von den Regierungsbeschlüssen in Pressekonferenzmanier hinter einem Tisch sitzend. Ebenfalls neu ist, dass der Ministerrat nun wieder am Dienstag statt wie in den letzten zwei Jahren am Mittwoch tagt.

Bundeskanzler Faymann berichtete nach der Ministerratssitzung von den Ergebnissen des EU-Rates. „Österreich trägt alle Anstrengungen der EU mit, um der Wirtschaftskrise entgegen zu wirken“. Das sei fixer Tagesordnungspunkt aller politischen Beratungen. In diesem Zusammenhang ist auch die Steuerreform zu sehen, für die nun ein Fahrplan beschlossen wurde. Gleich nach den Weihnachtsferien starten die Verhandlungen, damit rund um Ostern alle legislativen Maßnahmen gesetzt werden können, um rückwirkend mit 1. Jänner 2009 in Kraft zu

treten. Um das Budget auf der Ausgabenseite zu entlasten, wird es bis Mitte 2009 einen Aufnahmestopp im Bundesdienst geben. Ausgenommen davon sind LehrerInnen, PolizistInnen und im Asylwesen Tätige. Auch die Budgetplanung steht fest: Die Budgetrede des Finanzministers im Parlament ist für die zweite Aprilhälfte geplant.

Entschuldung der AUA beschlossen

Einigkeit wurde im Ministerrat auch über die weitere Vorgangsweise zum Verkauf der AUA erzielt. Die ÖIAG wird ermächtigt, an die Austrian Airlines 500 Millionen Euro zur Schuldentilgung zu transferieren und ein Überbrückungsdarlehen von 200 Millionen Euro zu gewähren. Außerdem wurde ein Dreijahresprogramm, das die strategische Grundlage für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) bildet, für die Jahre 2008-2010 beschlossen. Das ist der umfassende Leitfaden aller Akteure der österreichischen Entwicklungspolitik und orientiert sich an internationalen Zielsetzungen der EU, der Vereinten Nationen und der OECD. ♦

SPENDENGIPFEL

Steuerbonus für mildtätige Vereine

Wer spendet, darf die Kosten dafür von der Steuer absetzen: Das ist das Ergebnis eines Spendengipfels, an dem Vertreter von Regierung und NGOs teilnahmen.



Zuwendungen
etwa an das Rote
Kreuz mindern
künftig die
Steuerpflicht.

Fotolia

nen vielleicht nicht direkt greifen und wo sie rasch und unbürokratisch helfen können“, betonte der Staatssekretär.

„Ich bin sehr erfreut darüber, dass der Spendengipfel erbracht hat, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden sich auch auf Spenden für NGOs erstreckt, die sich im Bereich der Entwicklungshilfe engagieren“, begrüßte auch die SPÖ-Sprecherin für Umwelt und Globale Entwicklung Petra Bayr das Ergebnis des Spendengipfels. Allerdings hofft Bayr auch auf eine baldige Evaluierung, wie das von Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll angekündigt wurde. „Ich bin überzeugt davon, dass eine solche Evaluierung ergibt, dass Spenden für die Umwelt zugleich Spenden für die Armutsbekämpfung sind – gerade in Entwicklungsländern.“

Gelten soll die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden ab 1. Jänner für Zuwendungen an „mildtätige“ Organisationen (s. auch Kasten) im In- und Ausland sowie für Entwicklungshilfeprojekte. Die Details der Umsetzung sollen bis Mitte Jänner geklärt werden, dann soll der konkrete Gesetzesentwurf gemeinsam mit der Steuerreform in Begutachtung gehen. Beschlossen werden soll der Steuerbonus für Spenden im März bzw. April im Parlament – und zwar rückwirkend für Spenden, die ab 1. Jänner 2009 geleistet werden. Der Steuerausfall wird von Finanzminister Pröll mit 50 bis 80 Mio. Euro beziffert.

Die Spender können ihre Zuwendungen damit beim Lohnsteuerausgleich für 2009 geltend machen und von der Steuer absetzen. Allerdings ist auch eine Obergrenze geplant: Angerechnet werden Spenden nur im Ausmaß von maxi-

mal zehn Prozent des Jahreseinkommens. Nach zwei Jahren (also im Jahr 2011) soll die Regelung dann evaluiert werden und geprüft werden, ob der Steuerbonus die Spendenbereitschaft der Österreicher gesteigert hat und ob eine Ausweitung – etwa auf Umwelt- und Tierschutzorganisationen – vorgenommen werden soll.



„Signal für solidarische Gesellschaft“

„Es gilt mit der Spendenabsetzbarkeit ein klares Signal für eine solidarische Gesellschaft zu setzen“, so Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Die bestehe aus staatlichen Sicherungsmaßnahmen, aber auch aus dem Beitrag des Einzelnen. „Wir steuern wirtschaftlich schwierigeren Zeiten entgegen und da sind gerade die sozialen Organisationen in diesem Land notwendig, weil sie auch in jenen Bereichen Hilfe ermöglichen, wo die staatlichen Institutio-

nen vielleicht nicht direkt greifen und wo sie rasch und unbürokratisch helfen können“, betonte der Staatssekretär.

WISSEN

Mildtätige Zwecke

Die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden ab 1. Jänner soll für Zuwendungen an „mildtätige“ Organisationen im In- und Ausland sowie für Entwicklungshilfeprojekte gelten. Mildtätige Zwecke sind laut Bundesabgabenordnung humanitäre, wohltätige Zwecke, „die darauf gerichtet sind, hilfsbedürftige Personen zu unterstützen“. In einer Broschüre über „Vereine und Steuern“ des Finanzministeriums werden mildtätige Zwecke folgendermaßen definiert: „Diese sind auf eine Förderung hilfsbedürftiger Personen ausgerichtet. Eine Person kann aus materiellen, körperlichen, geistigen oder seelischen Gründen hilfsbedürftig sein. Mildtätigen Zwecken dienen daher Vereine, die Personen in finanzieller Hinsicht bei materieller Not oder Personen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Gebrechen (z. B. Blindheit, Geisteskrankheit) unterstützen.“ Als Beispiele genannt werden Krankenpflege, Mahlzeitendienste und Telefonseelsorge. Nicht mildtätig ist die Unterstützung von Arbeitslosen oder Studenten. Studentenbetreuung kann aber als Förderung der Schulbildung gemeinnützig sein.

JAHRESRÜCKBLICK

Das war 2008

2008 war ein Jahr wesentlicher politischer Entscheidungen. 2008 war aber auch ein Jahr, in dem die SPÖ Meilensteine gesetzt hat.

28. September 2008. Der erfolgreiche Höhepunkt des Jahres. Wahlsieger Werner Faymann und sein Team am Wahlabend im Festzelt vor der Löwelstraße.



Zimmer

Das Jahr 2008 beginnt bereits mit einer Erfolgsmeldung. Plus 63.000 Beschäftigte, minus 21.776 Arbeitslose, plus 4.000 Lehrstellen. Ein Jahr nach der Wende ist die Arbeitsmarktbilanz endlich wieder positiv.

■ Am 15. Jänner wurde in der Wiener Hofburg von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer eine Bilanz über die Leistungen des ersten Jahres der sozialdemokratischen Bundesregierung gezogen. Nach sieben Jahren der sozialen Gleichgültigkeit macht die SPÖ in der Regierung Politik mit einer sozialen Handschrift. 100 Millionen Euro im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, 1.000 Euro Mindestlohn, 200 Millionen Euro zusätzlich für AMS-Maßnahmen,

davon 100 Millionen nur für Frauen. Die Liste der Reformen und sozialen Verbesserungen ist lang. Die SPÖ ist Garant dafür, dass der Kluft zwischen Arm und Reich entgegengewirkt wird.

Ebenfalls im Jänner wird von der Regierung die Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013 beschlossen. Damit können Männer mit 45 Beitragsjahren schon mit 60 ohne Abschlüsse in Pension gehen, Frauen mit 40 Beitragsjahren im Alter von 55 Jahren.

■ Anfang Februar sorgt der ehemalige Leiter des Bundeskriminalamtes, Herwig Haidinger, mit seinen Aussagen vor dem parlamentarischen Innenausschuss für ein politisches Erdbeben. Die sogenannte Spitzel-Affäre rund um das Kabinett des ehemaligen ÖVP-Innenministers

Ernst Strasser wird zum zentralen Bestandteil der politischen Berichterstattung. Die ÖVP unter Parteivorsitzendem Molterer mauert. Die SPÖ unterstützt daher die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

■ Einer der großen Konfliktpunkte des Jahres 2008 zeichnet sich ebenso bereits im Februar ab. Bundeskanzler Alfred Gusenbauer fordert ein Vorziehen der Steuerreform auf 1. 1. 2009. Der Kampf gegen die Teuerung nimmt seinen Anfang. Das ambitionierte Ziel: die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Finanzminister und ÖVP-Chef Molterer reagiert in alter Gewohnheit mit einem „Njet“. Seitens der Länder, der AK und des ÖGB gibt es breite Zustimmung zu den Plänen der SPÖ. Innerhalb der ÖVP machen erstmals Neu-



Bundeskanzler Alfred Gusenbauer legt die Verantwortung für die SPÖ in die Hände des designierten Parteivorsitzenden Werner Faymann und Bundesgeschäftsführerin Doris Bures.

Zinner

■ 28. September: Die SPÖ gewinnt die Nationalratswahlen. Dem Dauerstreit wird eine klare Absage erteilt. Der Kurs von Werner Faymann und seine Haltung des „Genug gestritten!“ findet seine eindrucksvolle Bestätigung durch die Bevölkerung. Das Kalkül der ÖVP ist nicht aufgegangen. Noch am Wahlabend erklärt Werner Faymann, dass er eine neue Zusammenarbeit mit der ÖVP anstrebt. „Mit mir wird es keine Neuauflage des Streits geben“, bekräftigt er unter dem Applaus seiner Wähler. „Ich bin stolz, euer Spitzenkandidat gewesen zu sein und euer Vertrauen erhalten zu haben. Mit Freunden wie euch habe ich mich nie alleine gefühlt“, so der SPÖ-Chef und bekräftigte, dass ein soziales Österreich sein Programm sei. Die ÖVP beginnt bereits am Tag nach der Wahl mit der personellen und inhaltlichen Neuorientierung. Wermutstropfen des Wahltags: Das Erstarken des rechten Randes.

wahlspekulationen die Runde. Molterer dazu: „Wir haben einen roten Bundeskanzler. Dieser Fehler muss korrigiert werden.“

■ Im Frühjahr wird das erste große Entlastungspaket für Arbeitnehmer und Pensionisten beschlossen, welches mit 1. Juli in Kraft tritt. Die Streichung bzw. Senkung der Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Pensionsanpassung für 2009 schon im November 2008 sind die wesentlichen Kernpunkte zur spürbaren Entlastung für eine Million Arbeitnehmer und Pensionisten. Ebenfalls ab 1. Juli werden Pendler durch höhere Pendlerpauschale und mehr Kilometergeld unterstützt.

■ Am 16. Juni erfolgt die zentrale personelle Weichenstellung innerhalb der SPÖ. Auf Vorschlag von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wird Infrastrukturminister Werner Faymann zum designierten SPÖ-Parteivorsitzenden. Frauenministerin Doris Bures wird wieder Bundesgeschäftsführerin der SPÖ. Beim Bundesparteitag der SPÖ am 8. August in Linz wird Faymann mit 98 Prozent zum 10. Bundesparteivorsitzenden der SPÖ und zum Spitzenkandidaten für die Nationalratswahlen am 28. September gewählt. Die SPÖ geht damit als geschlossene Partei in die Wahlauseinandersetzung.

■ Als folgenschwerer Fehltritt für die ÖVP wird sich im Nachhinein der Ausstieg der ÖVP aus der Regierungskoalition erweisen. Motiviert durch für die ÖVP günstige Umfragen beendet der Vizekanzler mit

den Worten „Es reicht!“ die Zusammenarbeit der Koalition und damit auch seine Regierungskarriere.

■ Gleich zu Beginn des Wahlkampfes kündigt Bundesgeschäftsführerin Doris Bures die Aufholjagd der SPÖ an. Dominierendes Thema des Wahlkampfes wird das Fünf-Punkte-Programm von Werner Faymann im Kampf gegen die Teuerung. Am 24. September wird das Paket im Nationalrat beschlossen. Von zentraler symbolischer Bedeutung: Die Studiengebühren werden abgeschafft. Die SPÖ setzt damit schon vor dem Wahltag wesentliche Schritte für die Bevölkerung um, anstatt sich auf Versprechen für die Zukunft zu beschränken.

■ Am 2. Dezember wird die Regierung Faymann angelobt. Kernpunkt des Regierungsprogramms ist die von der SPÖ bereits am Jahresanfang geforderte Steuersenkung mit 1. 1. 2009, die eine massive Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen mit sich bringt. Zudem wird angesichts der Finanzkrise ein Konjunkturprogramm von 5,6 Milliarden Euro geschnürt, dass erheblich zur Kaufkraftstärkung beiträgt. Gemeinsam mit Spanien und Großbritannien bildet Österreich damit Europas Spitze im Kampf zur Bewältigung der Krise in Europa. Mit Laura Rudas und Günther Kräuter als neuen Bundesgeschäftsführern setzt die SPÖ ihren Erfolgskurs fort. ♦



Das neue SPÖ-Team in Regierung und Bundesgeschäftsführung.

Zinner

FORSCHUNG

Bures will mehr Geld für Forschung

Die Regierung bekennt sich zur Erreichung des dreiprozentigen Forschungs- und Entwicklungsziels. Daher muss es für die Forschung „kein stagnierendes, sondern ein steigendes Budget geben“, so Infrastrukturministerin Doris Bures.



Forschung und Entwicklung brauchen mehr Budget – Infrastrukturministerin Doris Bures ist dafür eine Verbündete.

Schedl Verbündete für Forschung und Entwicklung

Für die neue Regierung unter Bundeskanzler Werner Faymann sind „Wachstum und Beschäftigung eine wesentliche Aufgabe, daher müssen Forschung und Entwicklung im Fokus stehen“, betonte Bures die Bedeutung der Forschung als Konjunkturmotor. Daher gehe es ihr als „Verbündete“ für Forschung und Entwicklung auch um eine „langfristige und nachhaltige Finanzierung“ der wesentlichen Projekte im Forschungsbereich. Bures stellte aber auch klar, dass es sich bei den derzeit in Diskussion stehenden und medial kolportierten 350 Millionen Euro „nicht um die im Budgetpfad für F&E vorgesehenen Mittel“ handelt, sondern vielmehr um einen „zusätzlichen“ Impuls, der Teil des Konjunkturpakets zur Ankurbelung der Wirtschaft ist.

Das Lissabon-Ziel im Bereich der Forschung ist ambitioniert: Sollen doch nach Vorstellungen der EU die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Die neue Bundesregierung unter Werner Faymann bekennt sich klar zu diesem Ziel. Und es gibt auch ein klares Bekenntnis zum gro-

ßen Stellenwert von F&E für das Beschäftigungswachstum und für die Konjunkturstärkung. Infrastrukturministerin Doris Bures stellte daher vor kurzem klar: „Ich habe mich bisher dafür eingesetzt und werde mich auch in den kommenden Gesprächen dafür einsetzen, dass es bei der Forschung kein stagnierendes, sondern ein steigendes Budget gibt“.

Gemeinsame Vorgehensweise

Derzeit gebe es mit dem Finanzministerium zur Frage der Forschungsförderung „intensive Gespräche“, berichtete Bures. Das „notwendige Gesprächsbewusstsein“ bezüglich einer ausreichenden Finanzierung von Forschung und Entwicklung sei jedenfalls vorhanden, fasste die Infrastrukturministerin ihre Eindrücke zusammen. Die Ministerin zeigte sich auch davon überzeugt, dass es gelingen werde, hier eine „gemeinsame Vorgangsweise“ zu finden – schließlich gebe es bei den Regierungspartnern eine gemeinsame politische Zielsetzung und ein klares Bekenntnis zur großen Bedeutung von Forschung und Entwicklung. „Ich bin daher überzeugt, dass wir weit weg von diesen 350 Millionen Euro kommen“, machte Bures deutlich. Denn was es jedenfalls bei der F&E-Finanzierung braucht, sei „Kontinuität“, sagte Bures ihre Unterstützung zu. ♦

ZUM THEMA

Österreichs größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung neu aufgestellt

Aus dem ARC wird im April 2009 das AIT – hinter diesen Abkürzungen verbirgt sich nichts weniger als eine völlige Neustrukturierung des bisherigen Austrian Research Centers (ARC), das in Bälde als „Austrian Institute of Technology“ (AIT) firmiert. Mit einer neuen Geschäftsführung, Umstrukturierungen bei Forschung und Eigentümern und dem Ausblick auf ein Vier-Jahres-Budget hat sich Österreichs größte außer-

universitäre Forschungseinrichtung neu und vor allem gut aufgestellt. „Mit diesem Umstrukturierungsprozess hat sich das AIT eine effiziente und zukunftssträchtige Struktur gegeben“, so Bures, die es als gemeinsame Zielsetzung unterstrich, die Zusammenarbeit von Bund, Industrie und Forschungseinrichtungen zu verbessern und auf „internationale Spitzenforschung anzulegen“.

INTERVIEW

Investitionen in Schiene und Straße

Verkehrsministerin Doris Bures im „SPÖ-Aktuell“-Interview über Konjunkturankurbelung durch Infrastruktur und die Pläne für ÖBB und Forschung.

SPÖ Aktuell: Frau Bundesministerin, Sie haben das Ressort von Bundeskanzler Werner Faymann übernommen. Gibt es viele Baustellen?

Doris Bures: Zum Glück, ja. Und zwar sind das sehr beschäftigungsintensive Bauprojekte, mit denen wir unser Schienen- und Straßennetz verbessern, modernisieren und erweitern. Werner Faymann hat die große Infrastrukturoffensive gestartet, die wird jetzt dank des Konjunkturprogramms sogar noch ausgeweitet haben.

Das Infrastrukturministerium ist ein wesentlicher Job-Motor. Was sind da Ihre Vorhaben zur Ankurbelung der Konjunktur?

Doris Bures: Von 2008 bis 2013 werden rund 20 Milliarden Euro investiert. Das wertet den Wirtschaftsstandort auf und sorgt für Arbeitsplätze – was ja in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten das Wichtigste ist. Das Bauprogramm der Asfinag für die Autobahnen und Schnellstraßen beschäftigt jährlich 13.500 Menschen, das Ausbauprogramm für die Schiene sorgt für 30.000 Jobs, und zwar in allen Bereichen. Durch die mit dem Konjunkturpaket vorgezogenen Projekte, die ja nach Beschäftigungsintensität ausgewählt werden, kommen noch einmal mehr als 5.000 Beschäftigte dazu.

Was sind Ihre Pläne konkret zur ÖBB? Was ist hier in den nächsten 5 Jahren vorgesehen, wohin soll es gehen?

Doris Bures: Nun, das ist eine wirklich ansehnliche Agenda: Mehr als 60 Bahnhöfe werden neu gebaut oder erneuert. Mit den Projekten des Rahmenplans werden 360 km Strecken neu gebaut, ausgebaut und beschleunigt. Man muss bedenken, dass 70 Prozent der Schienenstrecken noch aus der Zeit der Monarchie stammen. Wir machen die Bahninfrastruktur fit fürs 21. Jahrhundert. Für die Bahnkunden heißt das, sie kommen



Rigaud

Doris Bures: „Das Bauprogramm der Asfinag beschäftigt jährlich 13.500 Menschen, das Ausbauprogramm für die Schiene sorgt für 30.000 Jobs, dazu kommen mehr als 5.000 Beschäftigte durch vorgezogene Projekte.“

schneller und komfortabler ans Ziel. Von Wien nach Salzburg wird man ab dem Jahr 2012 in 2 Stunden 15 Minuten reisen können.

Aber das „Geschäft“ der ÖBB steckt doch eher im Güterverkehr als im Personenverkehr.

Doris Bures: Richtig. Deshalb muss jetzt der Güterverkehr wettbewerbsfähig gemacht werden. Auch aus umweltpolitischen Gründen, um den Güterverkehr stärker von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Das kann mit Projekten wie z.B. dem Semmering-Tunnel gelingen: Über den Berg können zwei Lokomotiven nur 500 Tonnen ziehen, unten durch kann eine Lok 2000 Tonnen ziehen. Das heißt, der Güterverkehr wird in Zukunft auf der Bahn wirtschaftlicher.

Thema Post: Wird die optimale Versorgung der Bevölkerung auch 2010 noch gewährleistet sein?

Doris Bures: Auch hier gibt es klare Vereinbarungen im Regierungsprogramm. Die Versorgung mit Postdienstleistungen muss flächendeckend, quali-

tativ hochwertig und leistbar sein. In meiner Ressortverantwortung wird jetzt im ersten Halbjahr 2009 das neue Postmarktgesetz und eine sich darauf beziehende Universaldienstverordnung erarbeitet. Das ist ja im Hinblick auf die vollständige Liberalisierung im Jahr 2011 notwendig. Wichtig ist auch, dass es für alle Anbieter faire Wettbewerbsregeln gibt. Ich will nicht, dass die Privaten gewinnbringend nur in der Stadt anbieten, und für die Post dann die nicht gewinnbringenden dünn besiedelten ländlichen Regionen bleiben.

Es gab Befürchtungen, dass die Investitionen in die Forschung nicht das geplante Niveau erreichen.

Doris Bures: Ich werde mich in Ergänzung zum Regierungsprogramm, das von 2009 bis 2013 350 Mio. Euro zusätzlich für die Forschung vorsieht, ganz vehement für mehr Forschungsgelder einsetzen. Für die wirtschaftlich orientierte Forschung werde ich eine Budgeterhöhung von fünf bis acht Prozent einfordern. Das ist wichtig, weil Innovation ein absoluter Wachstumsmotor ist. ♦

EUROPA

Erster EU-Rat

Seinen ersten Auftritt auf europäischem Parkett als Bundeskanzler absolvierte Werner Faymann souverän. Das Ergebnis des Gipfeltreffens: Zukunftsweisende Einigungen bei Klimaschutz und Konjunktur.



Oben: Die europäischen Staats- und Regierungschefs berieten in Brüssel über Konjunktur und Klima. Links: Bundeskanzler Werner Faymann zeigt sich von der engagierten Vorsitzführung Sarkozys begeistert.



Die Auswirkungen der von Amerika ausgehenden Finanzkrise haben ganz Europa erfasst. Um zu verhindern, dass die europäische Wirtschaft nachhaltig Schaden nimmt, hatten sich die Staats- und Regierungschefs Europas darauf geeinigt, rasch und effizient zu handeln. Am EU-Gipfel in Brüssel war es dann soweit, es wurde ein gesamteuropäisches Konjunkturpaket ausgearbeitet. Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte die Bereitschaft der Staats- und Regierungschefs, gemeinsam Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu ergreifen. Denn, so Faymann, „wenn man den

psychologischen Faktor Hoffnung auf seine Seite bekommen möchte, muss auch Europa zeigen, dass man entschlossen vorgeht.“ Geeinigt hat man sich auf ein Paket in der Größe von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU oder rund 200 Milliarden Euro. Davon sollen 170 Milliarden Euro aus den nationalen Konjunkturprogrammen kommen, die restlichen 30 Milliarden aus dem EU-Budget sowie von der Europäischen Investitionsbank. Österreich hat bereits auf die Wirtschaftskrise reagiert und ein Konjunkturpaket verabschiedet. Rechnet man die geplante Steuerreform ein, hat dieses ein Volumen von 5,6 Milliarden Euro.

mit Faymann

Stellung bezogen hat man beim Gipfel auch zu den sogenannten Maastrichtkriterien. Laut EU soll der Stabilitäts-pakt Eckpfeiler des Budgetrahmens blei-



Fotos: BKA/Holzner

ben, vorübergehende Überschreitungen sollen zwar zugelassen werden, am Ende der Krise sollen die Staaten aber zum Schuldenabbau zurückkehren. Dies deckt sich auch mit der Auffassung von Bundeskanzler Werner Faymann, der stets betont, dass die Maastricht-Kriterien kein Heiligtum sein dürfen, obwohl man natürlich versuchen werde, sich an den Budgetpfad zu halten.

Klimapaket „schöner Erfolg“

Nicht nur mit der Wirtschaft, sondern auch mit dem Klimaschutz beschäftigten sich die Regierungsspitzen in Brüssel. Auch hier ist unter allen 27 Mitgliedsstaaten ein Kompromiss gelungen.

Das Paket sei „ein sehr schöner Erfolg“, wie Bundeskanzler Werner Faymann betonte, es sei gelungen, Umweltschutz und Beschäftigung miteinander zu verbinden. Bei der Einigung habe man „die Mitte gesucht und gefunden“, beurteilt Faymann den Klima-Kompromiss. Im Detail sieht der EU-Gipfel-Beschluss vor, dass der CO₂-Ausstoß bis 2020 um 20 Prozent unter das Niveau von 1990 gedrückt werden soll. Des Weiteren soll der Anteil an erneuerbaren Energien 20 Prozent ausmachen. Österreich wird den Anteil sogar auf 34 Prozent anheben, ähnlich wie andere ökologisch orientierte Staaten.

Auch soll die Energieeffizienz um ein Fünftel erhöht werden. Um Industriebetrieben, die einen hohen Energieverbrauch haben – dies betrifft etwa Stahl- oder Zementfabriken –, auch weiterhin das wirtschaftliche Überleben zu garantieren, hat man sich darauf geeinigt, diesen Industriezweigen Gratis-CO₂-Zertifikate zur Verfügung zu stellen, allerdings nur dann, wenn die Betriebe auf dem neuesten Stand der Technik sind. Dazu gehört etwa die VOEST. Diese Maßnahme hilft also, Arbeitsplätze in Österreich zu erhalten und zugleich die Unternehmen zu motivieren, neueste Technologien anzuwenden.

„Kein anderer Kontinent auf der Welt hat sich so strenge Regeln auferlegt wie Europa“, lobte auch der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy die Einigung im Sinne des Umweltschutzes.

Am Gipfel wurde auch über einen Lösungsplan für Irland abgestimmt, der eine Ratifizierung des Lissabonner Vertrages möglich macht. Es wurde beschlossen, die EU-Kommission doch nicht zu verkleinern, jeder Mitgliedsstaat soll auch weiterhin einen Kommissar stellen dürfen. Diese Regelung sei auch „freundlich für Österreich“, bemerkte Bundeskanzler Faymann. Irland verpflichtet sich im Gegenzug dazu, im Herbst erneut über den Lissabonner Vertrag abstimmen zu lassen.

Werner Faymann resümierte nach dem Gipfel, dass man „den europäischen Geist gespürt“ habe. Bemerkenswert sei auch

HINTERGRUND

Weiter Weg nach Kopenhagen

Parallel zum EU-Gipfel nahmen Umweltpolitiker und -experten aus 190 Staaten an der UN-Klimakonferenz im polnischen Posen teil. Ziel der Konferenz war es, die Weichen für die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 zu stellen. In der dänischen Hauptstadt sollte ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll entstehen. Nach den Beratungen in Posen zeigt sich die SPÖ-Bereichssprecherin für Umwelt und globale Entwicklung, Petra Bayr, ernüchtert: „Von Posen nach Kopenhagen ist noch ein ausgesprochen langer Weg zu gehen und es sind viele Hindernisse zu nehmen.“ Besonders kritisierenswert ist laut Bayr die Regelung bezüglich des Anpassungsfonds. Für wenig entwickelte Länder steht nach wie vor zu wenig Geld zur Verfügung, um einen Lastenausgleich zwischen jenen Ländern, die die Klimaerwärmung vorrangig verursacht haben, und jenen Staaten, die darunter leiden, zu erreichen. Ebenfalls nicht einigen konnte man sich in Posen darauf, die Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent konkret festzuschreiben. Beschlossen wurde allerdings, den Schutz tropischer Wälder zu verstärken und in das neue Klimaschutzabkommen einzubeziehen. Des Weiteren hat man ein Arbeits- und Verhandlungsprogramm bis 2009 vereinbart.

die Vorsitzführung von Nicolas Sarkozy gewesen, dieser habe in sehr entschlossener Weise bewiesen, „dass er mit viel Energie eine Sache voranbringt“. Damit könne man mehr bewegen als mit Abwarten und Aufschieben.

Positive Resonanz

Der Auftritt von Werner Faymann in Brüssel wurde von vielen Seiten gelobt. So befanden etwa die „Salzburger Nachrichten“ vom 13. Dezember, dass sich Kanzler Werner Faymann und Außenminister Michael Spindelegger beim Gipfel gut geschlagen haben. Der „Kurier“ konstatierte am selben Tag, dass beim EU-Gipfel der neue Stil, den die Regierungsparteien pflegen, positiv aufgefallen ist. ♦

STAATSBESUCH

Zusammenarbeit mit Bayern weiter verstärken

Bundeskanzler Werner Faymann begrüßte den bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Wien.



In Sachen Wirtschafts- und EU-Politik fanden Bundeskanzler Werner Faymann und Ministerpräsident Horst Seehofer viele Übereinstimmungen.

Im Mittelpunkt der Gespräche zwischen Bundeskanzler Werner Faymann und dem bayrischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer stand die Wirtschafts- und Finanzkrise. So waren

sich die beiden Regierungschefs einig, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Sie fanden auch viele Gemeinsamkeiten bei den Vorstellungen in Sachen Finanzkrise und EU-Politik. „Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Bayern und Österreich ist besonders gewachsen und soll weiter ausgebaut werden“, machte Faymann klar. Gerade die

gemeinsame Betroffenheit durch die Krise, besonders am Automobilsektor, macht das noch notwendiger. Seehofer konstatierte, man würde gemeinsam nach „einer vernünftigen Lösung“ suchen, um die

Autoindustrie als „Leitindustrie“ zu stützen. Ebenso wolle man auch die Zusammenarbeit in Sachen innere Sicherheit weiter intensivieren.

Lob für österreichisches Bankenpaket

Als „sehr gute Idee“ wertete Seehofer den Umstand, dass österreichische Banken im Gegenzug für staatliche Hilfe ihre Kreditgeschäfte wieder in Gang bringen müssen. Diese Idee werde auch in seiner Heimat Bayern vortragen, so Seehofer, denn: „Das könnte eine gute Möglichkeit sein, um wieder Mobilität im Finanzmarkt auszulösen.“ Die Milliardenverluste der landeseigenen BayernLB, die vom Freistaat mit mehreren Milliarden Euro gestützt werden musste, führte Seehofer selbstkritisch auf Fehler in Bayern zurück. ♦

EUROPA

Neue Arbeitszeitrichtlinie abgewehrt

65 Stunden Arbeit als normale Wochenarbeitszeit? – Nein Danke, sagten ÖGB und SPÖ-EU-Abgeordnete und stemmten sich erfolgreich gegen die Arbeitszeitrichtlinie der EU.

Drei Jahre wurde innerhalb der EU um eine neue Arbeitszeitrichtlinie gerungen, im Juni hat sich dann der EU-Ministerrat geeinigt. Man hat sich darauf verständigt, dass unter bestimmten Bedingungen eine Erhöhung der normalen Wochenarbeitszeit von 48 auf bis zu 65 Stunden möglich sein soll und mit Sozialpartner-Vereinbarung sogar noch mehr. Die großen Ausweitungen der Arbeitszeit sollten ein Zugeständnis an Großbritannien sein, das bis zum heutigen Tag die EU-Arbeitszeitrichtlinien überhaupt nicht anwendet. Über die neue Arbeitszeitrichtlinie wurde am 16. Dezember im EU-Parlament in Straßburg abgestimmt. SPÖ-Abgeordnete und Vor-

sitzender der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus und Papier, Wolfgang Katzian, warnte im Vorfeld der Abstimmung, dass eine Aufweichung der sozialen Mindeststandards der EU drohe, wenn die Richtlinie umgesetzt wird. Deshalb beteiligte sich der ÖGB mit rund 100 Aktivisten auch an den Demonstrationen vor dem Europäischen Parlament, an denen insgesamt 8.000 Gewerkschafter aus ganz Europa teilnahmen. Mit Erfolg, denn die Arbeitszeitrichtlinie wurde im Europäischen Parlament abgelehnt. Für den SPÖ-Europa-Abgeordneten Harald Ettl ist die Ablehnung „ein großer Erfolg für ein soziales Europa“. Darüber hinaus habe das Nein

zur Arbeitszeitrichtlinie gezeigt, wie wichtig ein starkes EU-Parlament ist, in dem auch Arbeitnehmerinteressen verteidigt werden. ♦



Tausende Gewerkschafter aus ganz Europa demonstrierten am 16. Dezember in Straßburg friedlich gegen die Neuregelung der Arbeitszeit.

Volkshilfe

Armut tut weh: Spenden helfen

Seit über 60 Jahren unterstützt die Volkshilfe Menschen in Not. Die Frau des Bundespräsidenten und Schirmfrau der Kampagne „armut tut weh“, Margit Fischer, bittet um Spenden zur Armutsbekämpfung.

Mit vollem Engagement unterstützt Margit Fischer seit 2004 die Kampagnen der Volkshilfe, in denen immer wieder auf die Armut in Österreich hingewiesen wird. Es sind bedrückende Zahlen, die die Volkshilfe zur sozialen Lage vermeldet: Schon eine Million Menschen sind in Österreich armutsgefährdet, 470.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger sind bereits manifest arm und mehr als 100.000 Kinder müssen in Armut leben. Teuerungswellen und die Auswirkungen tun ihr Übriges – mit dem traurigen Ergebnis, dass „die Armut heute wieder sehr sichtbar ist“, wie der Präsident der Volkshilfe, Josef Weidenholzer, betonte. Umso dringender ist da der Appell von Margit Fischer: „Bitte spenden Sie und schenken Sie Zuneigung und Nachbarschaftshilfe“. Denn nur dann, wenn den Menschen „Lebenssicherheit,

gesundheitliche Versorgung und auch Bildung garantiert wird, gibt es in Österreich soziale Sicherheit und Wohlstand“, bekräftigte Fischer bei einem Besuch einer Volkshilfe-Sozialberatungsstelle in Wien-Ottakring, wo sie mit Sozialberaterinnen und ihren KlientInnen sprach.

Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe

Für Weidenholzer steht fest, dass der Staat bei der Armutsbekämpfung eine zentrale Rolle spielen muss: „Das soziale Netz muss fester geknüpft werden. Wir brauchen die Mindestsicherung und schnelle Hilfe für Menschen, die akut von Armut betroffen sind.“ Denn „schnelle



Die Volkshilfe und Margit Fischer kämpfen gemeinsam gegen die Armut in Österreich.

Hilfe ist doppelte Hilfe“, zeigte sich Weidenholzer überzeugt, der sich herzlich bei Margit Fischer dafür bedankte, dass „sie sich dazu bekennt, dass die Republik für alle Menschen da ist“. Spenden auch Sie für die Volkshilfe-Kampagne und helfen Sie helfen: Spendenkonto: PSK 90 175 000, BLZ 60000. ♦

Pensionistenverband

Pensionen: Alle Versprechen gehalten

Lob für Bundeskanzler Werner Faymann gab es von PVÖ-Präsident Karl Blecha, denn: „Werner Faymann hat alles gehalten, was er den Pensionistinnen und Pensionisten versprochen hat.“

Ein Grund zur Freude ist das große Pensions- und Sozialpaket, das Werner Faymann geschnürt hat. Darin enthalten: Eine ordentliche und vorgezogene Pensionserhöhung, Einmalzahlungen als Teuerungsausgleich und die Verlängerung der so genannten Hacklerregelung.

Umgesetzt wurden auch ein bundesweiter Heizkostenzuschuss und die Erhöhung des Pflegegelds. Daher „hat es sich für die Älteren ausgezahlt, die SPÖ zu wählen“, bekräftigte der Präsident des Pensionistenverband Österreichs, Karl Blecha, der unterstrich: „Wir vertrauen Werner Faymann und der von ihm ge-



Karl Blecha

führten Regierung, dass sie uns durch die Krise führen.“ PVÖ-Präsident Karl Blecha und PVÖ-Vizepräsident Rudolf Edlinger begrüßten auch unisono das Bekenntnis der Regierung zur staatlichen Alterssicherung und die Verhinderung der Pensionsverschlechterungsautomatik.

Vieles umgesetzt

Viele wichtige Forderungen des PVÖ sind damit umgesetzt, wünschenswert wäre freilich vor allem noch eine jährliche Pensionserhöhung nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte im Dau-

errecht. Bei der PVÖ-Großveranstaltung wurde auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer als enger Verbündeter herzlich begrüßt. Gleich vorweg überbrachte Hundstorfer den PensionistInnen die freudige Botschaft: die jährliche Pensionserhöhung werde sich künftig am Pensionistenpreisindex orientieren. Dies sei eine ebenso wichtige Maßnahme zur Bekämpfung der Altersarmut, wie die von der Regierung beschlossene Steuerreform, die 50 Prozent der älteren Generation entlastet: „1,9 Millionen PensionistInnen müssen dann keine Steuern mehr bezahlen“, so Hundstorfer. Klar ist damit: „Das soziale Netz wird nicht breiter, sondern bleibt eng“ – und wird dort, wo es gebraucht wird, noch enger geknüpft, bekräftigte der Sozialminister. ♦

Burgenland

Neues Sozial- und Pflegepaket

Mit Verbesserungen für die Familien ist das Burgenland am Weg zur sozialen Modellregion.



SPÖ Burgenland

Klubobmann Christian Illedits und Soziallandesrat Peter Rezar stellen das neue Sozial- und Pflegepaket vor.

Die letzte Landtagssitzung des Jahres 2008 stand ganz im Zeichen eines umfassenden Sozial- und Pflegepaketes. Durch eine Novelle zum Sozialhilfegesetz und ein neues Landespflegegeldgesetz gibt es weitere Verbesserungen, von denen mehr als 3.000 Familien im Burgenland finanziell nachhaltig profitieren werden. Die SPÖ folge damit weiter der Devise „Andere reden – wir handeln“, betonten Soziallan-

desrat Peter Rezar und Klubobmann Christian Illedits: „Das neue Sozial- und Pflegepaket soll dazu beitragen, dass hilfsbedürftigen Menschen in schwierigen Zeiten effektiv geholfen wird.“ Konkret gibt es eine Anhebung des Landespflegegeldes mit 1. Jänner 2009 – zeitgleich mit der im September im Parlament beschlossenen Anhebung des Bundespflegegeldes. Hintergrund: Rund 16.000 Menschen im Burgenland bezie-

hen Pflegegeld – davon 2.057 Landespflegegeld. Für sie alle wird das Pflegegeld der Stufen 1 und 2 um 4 Prozent, der Stufen 3, 4, 5 um 5 Prozent und der Stufen 6 und 7 um 6 Prozent erhöht (bringt, je nach Einzelfall, zwischen 70 und 1.125 Euro pro Jahr). 2009 werden burgenlandweit 4 Millionen Euro mehr an Pflegegeld zur Verfügung stehen, der Landesanteil beträgt 500.000 Euro.

Abschaffung des Regresses

Auch werden die Kinder, wenn die Eltern auf Kosten der Sozialhilfe in einem Pflegeheim sind oder teilstationär gepflegt werden, nicht mehr zum Kostenersatz herangezogen. Das Land verzichtet auf rund 1,5 Millionen Euro pro Jahr. Etwa 1.000 betroffene Burgenländerinnen und Burgenländer, deren Eltern pflegebedürftig sind, ersparen sich im Durchschnitt 245 Euro pro Monat. „Das sind weitere Bausteine, mit denen wir das Burgenland zur sozialen Modellregion machen wollen. Wir stärken sozial schwachen Menschen damit in schwierigen Zeiten zusätzlich den Rücken“, so Soziallandesrat Rezar. ♦

Tirol

Kufstein: Volksbegehren für mehr Demokratie in der Gemeinde



SPÖ Tirol

Der Nationalrat und Kufsteiner Bezirksvorsitzende Josef Auer will mehr kommunale Demokratie.

Mehr Durchsetzungschancen für den Willen der Bevölkerung und weniger Machtmissbrauch und Freunderlwirtschaft – das sind die erklärten Ziele des Kufsteiner Bezirksvorsitzenden Josef Auer, der das Volksbegehren initiiert hat. Zentraler Punkt ist die Forderung nach verbindlichen Volksabstimmungen auf Gemeindeebene. Vom 12. bis 18. Jänner liegt das Volksbegehren „Mehr Mitsprache für die Tiroler Bevölkerung in ihrer Heimatgemeinde“ in allen Tiroler Gemeindeämtern zur Unterschrift auf. Zustande gebracht hat es die SPÖ des Bezirks Kufstein, die im Frühjahr 2008 knapp 1.000 Unterstützungserklärungen dafür sammelte. Um im Landtag behandelt zu werden, braucht das Volksbegehren mindestens 7.500 Unterschriften. ♦

Steiermark

„Airpower 09“ in Zeltweg endgültig fixiert



Fotolia

Nach vier Jahren wieder in Zeltweg: Kunstflugshow „Airpower“.

Nach einer Unterbrechung von vier Jahren wird die beliebte „Airpower“-Flug-Show im Sommer 2009 wieder im obersteirischen Zeltweg über die Bühne gehen. Bereits wenige Stunden nach dessen erneuter Angelobung zum Verteidigungsminister konnte Bundesminister Norbert Darabos

dem steirischen Landeshauptmann Franz Voves telefonisch diese für die Steiermark höchst erfreuliche Nachricht mitteilen. „Das ist einmal mehr ein Beweis dafür, dass die Steiermark ein offenes Ohr bei den verantwortlichen Stellen auf Bundesebene hat“, freut sich der Landeshauptmann. Finanziert wird die „Airpower 09“ von Bund, Land und der Firma Red Bull. Der Termin für diese Groß-Veranstaltung steht mit dem 26. und 27. Juni 2009 bereits fest. ♦

Niederösterreich

Finanzberatung für Gemeinden

Immer wieder haben in letzter Zeit gescheiterte Finanztransaktionen von Gemeinden Schlagzeilen gemacht. In Niederösterreich will man nun den Gemeinden mit Beratung zur Seite stehen.



Fotolia

Der SPÖ-Niederösterreich ist es zu verdanken, dass die niederösterreichischen Gemeinden in Zukunft Unterstützung bei der Veranlagung ihrer Gelder erfahren.

Als „wichtigen Erfolg der SPÖ“ wertete der Klubobmann der SPÖ-Niederösterreich Helmuth Cerwenka die Einigung zwischen dem Land Niederösterreich und den beiden

Gemeindevertreterverbänden über die Schaffung einer Beratungsgesellschaft. Bereits im August dieses Jahres hat die SPÖ-Niederösterreich Unter-



Landtags-abgeordneter
Helmuth Cerwenka.

stützung für Gemeinden bei der Veranlagung auf den Finanzmärkten sowie klare Richtlinien gefordert und eine entsprechende Initiative auch in den niederösterreichischen Landtag eingebracht. „Gerade im Umgang mit öffentlichen Geldern muss eine besondere Vorsicht gelten, schließlich ist man dem Steuerzahler und vor allem auch den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, die sich auf die Finanzierung ihrer öffentlichen Leistungen aus den jeweiligen Gemeinde-

SPÖ Termin

budgets verlassen können müssen“, ist der Klubobmann überzeugt. Nicht vergessen dürfe man in diesem Zusammenhang auch die große Verantwortung, welche BürgermeisterInnen sowie Gemeinde- und StadträtInnen bei derartigen Entscheidungen tragen. „Das Angebot einer kompetenten und unabhängigen Unterstützung und Beratung seitens des Landes war hier schon lange überfällig“, bemerkte Cerwenka. ♦

Salzburg

Herausforderung: Mehr Kulturangebote für Junge



SPÖ Salzburg

Kulturreferent
und LH-Stv.
David Brenner.

„Innovative Kulturpolitik und mehr Angebote für junge Menschen“, fasste der Salzburger Kulturreferent und Landeshauptmannstellvertreter David Brenner die künftigen Herausforderungen für die Salzburger Kulturpolitik zusammen. Basis dafür sind die Ergebnisse der ersten Studie über Kulturnutzung, die nun alle vier Jahre Trends und Entwicklungen aufzeigen soll. Weiters kam heraus, dass es im Besonderen die Kulturangebote im ländlichen Raum zu forcieren gilt, ebenso das Bewusstsein in den Gemeinden über sinnvolle Kulturförderung.

„Die durch diese Studie gewonnenen Erkenntnisse sind eine gute Grundlage für eine innovative Weiterentwicklung der Kulturpolitik- und verwaltung“, so Brenner. ♦

Kärnten

Schneechaos: Rasch Notfonds einrichten



Fotolia

Ein spezieller Katastrophenfonds soll Opfern von Wetterereignissen Hilfestellung geben.

Österreichs Süden versank zuletzt im Schnee: Ganze Täler waren abgeschnitten, tausende Haushalte ohne Strom. Unverzichtbar ist daher rasche Hilfe – und genau die muss jetzt ausgebaut werden, fordert Kärntens SPÖ-Klubobmann Herwig

Seiser: „Wir müssen verstärkt in die Sicherheit unserer Bevölkerung investieren.“ Notwendig ist hier die Einrichtung eines ausreichend dotierten Not- und Katastrophenfonds, der rasche Unterstützung in Krisensituationen bringt. Und auch den freiwilligen Mitarbeitern der Hilfsorganisationen muss geholfen werden: „Konkret fordern wir eine Sicherstellung der sozialversicherungsrechtlichen Maßnahmen für diese freiwilligen Helfer“, so Seiser. ♦

Unterschrift:

Adresse:

Name:

☐

..... Stk.



Vranitzky/Auer Borea d'Olmo (Hg.):

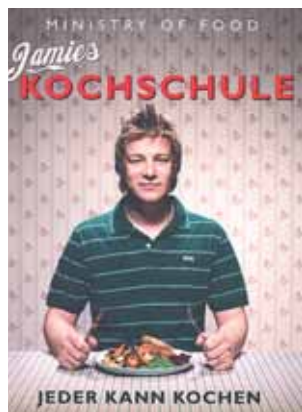
Themen der Zeit II.

Passagen Verlag, Wien 2008;

414 S., 48 €

☐

..... Stk.



Jamie Oliver:

Jamies Kochschule.

Dorling Kindersley,

München 2008;

360 S., 25,70 €

☐

..... Stk.



Sándor Márai:

Die Möwe.

Piper Verlag,

München 2008;

186 S., 17,40 €

Politisches Buch

Themen der Zeit II.

Bundeskanzler a.D., Franz Vranitzky, zieht vierzehn Jahre nach „Themen der Zeit“ Bilanz.

Nicht allein die Ökonomie und die Finanzwelt werden in dem Buch beleuchtet. Vielmehr widmen sich die AutorInnen den tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen, innerhalb welcher nationale Grenzen – bei weitem noch nicht in den Köpfen aller – keine Rolle mehr spielen, Migration und Integration an vorderster Stelle der Bürgerwahrnehmung stehen, die Rechtsstaatlichkeit und das Menschenrecht vom sicher-

heitspolitischen Bekenntnis der Regierenden in Frage gestellt werden und so manchen anderen „Neuerungen“. Dem Leser sei vorgeschlagen, sich ein Bild darüber zu machen, wie viel oder wie wenig sich in vierzehn Jahren verändert hat, um die Themen der Zeit wieder einmal zu hinterfragen und in ausgewogener Form zu diskutieren. Beiträge unter anderem von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim. ♦

Sachbuch

Jamies Kochschule

Der britische Fernsehkoch Jamie Oliver hat sein neues Kochbuch herausgebracht. Motto: Jeder kann kochen.

Für Jamie Oliver ist klar: Jeder kann kochen! Denn Jamie verspricht: Jeder, der in Jamies Kochschule schmökert, kann danach leckere neue Gerichte auf den Tisch zaubern und lernt ganz nebenbei vieles übers Kochen. Sein unkonventioneller Kochkurs der unterhaltsamen Art steckt deshalb nicht nur voller toller neuer Rezeptideen für Jamie-Fans, sondern ist auch das perfekte Buch für all jene, die sich bisher nicht an den Herd trauten. Schritt-für-Schritt und mit vielen Fotos er-

klärt Jamie raffinierte und einfache Rezepte, die Einsteiger und Hobbyköche begeistern werden. Kochen Sie mit! Jamie Oliver startete 1998 seine phänomenale Karriere als jüngster TV-Koch der BBC in der Kultserie „The naked Chef“. 2002 gründete er sein eigenes Restaurant „Fifteen“ in London, wo er arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung ermöglicht. Seit 2004 engagiert er sich außerdem für eine bessere Ernährung in Englands Schulküchen. ♦

Roman

Die Möwe

Ein neues Meisterwerk des großen ungarischen Schriftstellers Sándor Márai über Sehnsucht und Vergänglichkeit.

„Die Möwe“, 1943 in Ungarn erschienen, liegt nun in neuer deutscher Übersetzung vor. Die dramatische Begegnung zwischen einem Ministerialbeamten und einer geheimnisvollen jungen Frau ist der Kern des eleganten, vielschichtigen und tragischen Kammerspiels von Sándor Márai. Sie tritt in sein Leben, als er, seiner Pflicht als Ministerialbeamter folgend, eine verhängnisvolle Entscheidung für sein Land gefällt hat. Aino Laien, die geheimnisvolle junge Finnin mit der verblüf-

fenden Ähnlichkeit zu seiner vor Jahren verstorbenen Frau, bringt den sonst so kontrollierten Mann vollkommen aus der Fassung. Er vergisst alle Würde seiner Stellung und lädt sie noch für denselben Abend in die Oper ein. Sehnsüchte und Hoffnungen steigen in dem einsamen Mann auf, aber auch viele Fragen. Weshalb taucht die so seltsam vertraute Fremde gerade jetzt auf? Und wohin wird diese schicksalhafte Begegnung die beiden führen? ♦

TERMINKALENDER

**Noch bis
Dienstag, 23. Dezember**

Kunsthandwerksmarkt Karlsplatz

Der Kunsthandwerksmarkt am Karlsplatz feiert heuer sein 15. Jubiläum. Über 70 KunsthandwerkerInnen aus Mitteleuropa zeigen dabei ihre Unikate. Der Schwerpunkt des heurigen Marktes liegt auf der Begegnung zwischen Stadt und Land, Kindern und Erwachsenen, Kunst und Kultur. Spektakuläre Feuerperformances, ein intelligentes, liebevolles Programm, Live-Musik, tägliche Dichterlesungen und vieles mehr bietet der Wiener Kunsthandwerkermarkt.

Täglich 12 bis 20 Uhr

Vor der Karlskirche

Freitag, 16. Jänner

Podiumsdiskussion: Vertrauen und Politik

„Vertrauen ist die kulturelle Nahrung, ohne die eine Demokratie verkümmert.“ Das ist einer der Kernsätze von Gesine Schwan. Sie ist überzeugt davon, dass autoritäre Persönlichkeiten, die ihr Urteilsvermögen unhinterfragte Autoritäten unterordnen, „weder Selbst- noch Fremdvertrauen und infolgedessen keine Zukunftszuversicht haben“. Weder sie noch Menschen, die „ungeniert ihre partikularen Interessen verfechten, ihre Macht ausnutzen und sich um Fairness nicht scheren“, könnten eine Demokratie aufbauen oder bewahren. Und sie stellt die „Kolonialisierung aller Lebensbereiche durch das Prinzip des ökonomischen Wettbewerbs“ in Frage. Wie das Vertrauen unserer heutigen Gesellschaft in Politik und Demokratie wieder gestärkt werden kann, ist Thema des Vortrags und des anschließenden Podiumsgesprächs.

Vortrag von Univ.-Prof.in Dr.in Gesine Schwan (Politikwissenschaftlerin, Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin in Deutschland); anschließend Podiumsgespräch mit Mag.a Barbara Prammer, Präsidentin des österreichischen Nationalrats. Bitte beachten: Einlass nur mit persönlicher Einladung! Anzufordern unter: rauscher@renner-institut.at

Beginn: 17 Uhr

Palais Epstein,

Dr. Karl Renner-Ring 1,
1017 Wien

Montag, 19. Jänner

Bolivien – vor dem Verfassungsreferendum



Bolivien: Neben viel Folklore ist der latein-amerikanische Staat in den letzten Jahren von politischen Turbulenzen geprägt.

Im September 2008 stand Bolivien tagelang am Rande eines Bürgerkriegs. In den von der Opposition beherrschten Departments war offene Rebellion gegen die Autorität der Zentralregierung ausgebrochen. Ursache waren Autonomieforderungen und die Ablehnung des Verfassungsentwurfs der Regierung über den nun am 25. Jänner in einer Volksabstimmung entschieden wird.

Die Wahlen vom 18. Dezember 2005 hatten im Herzen des südamerikanischen Halbkontinents zu einem politischen Erdbeben geführt, einer ‚Revolution mit dem Stimmentzettel‘, die sich in eine allgemeine Linksorientierung in Lateinamerika einfügt. Die Regierung des indigenen Präsidenten Evo Morales hat sich eine ‚Neugründung‘ Boliviens mittels einer verfassungsgebenden Versammlung vorgenommen sowie eine innen- und außenpolitische Neuorientierung eingeleitet. Was hat es damit auf sich? Die alten Eliten wehren sich vehement gegen den neuen Kurs, doch auch von indigener Seite und aus den Reihen der traditionellen Linken nimmt die Kritik zu.

Wo steht Bolivien nach drei Jahren der Regierung Morales und welche Perspektiven zeichnen sich ab? Wie sind die innenpolitischen Kräfteverhältnisse einzuschätzen, wie die außenpolitischen Rahmenbedingungen? Dazu ein Vortrag von Robert Lessmann (Journalist und Politologe), anschließend Diskussion.

Anmeldung: Renner-Institut;

Tel.: 01-804 65 0; post@renner-institut.at

Beginn: 18:30

Renner-Institut, Bruno-Kreisky-Saal;

Eingang Gartenhotel Altmannsdorf

Hoffingergasse 26

1120 Wien

Noch bis Freitag, 30. Jänner

Frauen, Rollen, Räume

Die Wiener Künstlerin Karoline Riha zeigt Kinder in den Räumen und Rollen, die ihnen unsere Gesellschaft als Lebensraum zur Verfügung überlässt; Kinder, die wie Objekte zur Seite gestellt werden und die unter Gewalt in der Familie, Scheidung und „Zeit ist Geld“-Mentalität leiden. Karoline Riha macht Erfahrungen und Erinnerungen als quasi archäologische Schichtungen in Raum und Zeit sichtbar. Ausgehend von einer Tapete konstruiert sie ihre Räume, in denen sie mit gefundenen Materialien (objets trouvés) und einfachen Zeichen (Kaltnadel, Radierung) ihre Geschichten erzählt. Karoline Rihas Bild-Räume sind emotional gefärbte Erinnerungen und kritisch-politische Reflexion.

Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr

Freitag 8 bis 13 Uhr

Renner-Institut,

Khleslplatz 12

1120 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18
Chef v. Dienst: Alexander Lutz
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Daniela Fazekas, Mag. Ute Pichler, Peter Slawik, Sabine Weinberger
Layout: Thomas Lehmann,
Coverfotos: BKA/Holzner, Zinner, Rigaud, Fotolia
Fotolia, Begsteiger (2), Lehmann
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka,
Tel: 01/534 27/275,
Verlag der SPÖ GmbH.,
1014 Wien, Löwelstraße 18
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at
Homepage: www.spoe.at

FOTO DER WOCHE



Wie man zum „Demokratiwerkstatt-Profi“ wird? Ganz einfach. Man ist bevorzugt zwischen 8 und 14 Jahre alt und vor allem: man hat im letzten Jahr alle vier Workshops besucht, die in der „Demokratiwerkstatt“ des Parlaments angeboten wurden. Gelernt haben die kleinen Profis dabei viel: Sie haben Politiker interviewt und sich mit vielen Gesetzen beschäftigt. Dafür wurden die jungen Demokratieauskenner jetzt ausgezeichnet: Nationalratspräsidentin Barbara Prammer überreichte Medaillen und Urkunden an 30 stolze Kinder.



P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1010 Wien, DVR: 0029106
Zulassungsnummer: GZ 02Z032169 W

Autor

ZUM SCHLUSS

Ein anstrengendes Jahr liegt hinter uns. Ein Jahr, in dem durch den Wähler eine grundlegende Weichenstellung für die Zukunft Österreichs erfolgt ist und in dem es der Sozialdemokratie gelungen ist, sich erfolgreich zu positionieren. Zentrales Ereignis des Jahres 2008 war sicherlich die Nationalratswahl vom 28. September. Eigentlich muss man Wilhelm Molterer ja beinahe dankbar dafür sein, dass er, auf gute Umfragewerte schießend, zur Flucht aus der Regierungsverantwortung angesetzt hat. Die Wähler haben dem Kalkül der Konservativen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht und ein für allemal klargestellt, dass ständiger Streit und Blockadepolitik in der Regierungsarbeit nicht honoriert werden. Die

Was bleibt?

Wende, die mit dem Erfolg Alfred Gusenbauers im Jahr 2006 erfolgt ist, hatte nie die Chance zum Erfolg. Zu groß war innerhalb der alten Garde der ÖVP die Verbitterung über den Erfolg der Sozialdemokratie. Und so wurde gar nicht erst der Versuch gemacht, zum Erfolg dieser Regierung beizutragen. In einer sturen Verweigerungshaltung wurde Oppositionspolitik von der Regierungsbank und vom Ministerratssaal aus betrieben. Erst das Debakel der ÖVP am Wahltag hat das ermöglicht, woran viele nicht mehr zu glauben gewagt haben: eine sowohl personelle, als auch inhaltliche Kurskorrektur innerhalb der schwarzen Parteiführung. Unbelastet von persönlichen Befindlichkeiten und verletztem Stolz aus der Vergangenheit, nimmt die Volkspartei nun endlich ihre Regierungsverantwortung wahr. Es ist das große Verdienst von Werner Faymann, dass er bereits im Wahlkampf die Türen zur ÖVP nicht grundlos zugestoßen hat und der SPÖ-Wahlkampf von Sachlichkeit und Inhalten geprägt war. Faymann hat stets betont, dass er eine Fortsetzung der Koalition unter neuen Voraussetzungen für die beste und stabilste Lösung für Österreich hält. Dieses Bekenntnis hat er noch am Wahlabend erneuert und damit wesentlich begünstigt, dass ein personeller Wechsel innerhalb der Volkspartei erfolgen konnte. Die Basis für eine ehrliche Regierungszusammenarbeit neuen Stils. Der bleibende Erfolg der SPÖ in diesem Jahr ist daher der, dass die Wende von 2006 nun tatsächlich umgesetzt werden kann.

Alexander Lutz